

FreiBrief aus Berlin

Januar 2022



THORSTEN FREI.

www.thorsten-frei.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

das zweite Jahr in der Pandemie liegt hinter uns. Wirtschaftlich ist 2021 besser gelaufen, als die langen Einschränkungen im Winter und Frühjahr und nun zuletzt wieder haben vermuten lassen. Die Einschränkungen zehren aber an den Nerven und belasten das gesellschaftliche Klima enorm. Die Meinungen bleiben geteilt. Nicht früh genug konnten die Impftermine im Frühjahr für die meisten liegen. Andere verweigern sich beharrlich einer Impfung und tragen auch mit dazu bei, dass uns Endlosschleifen in der Pandemie drohen.

Von Zuversicht, die unser Land in der Vergangenheit ausgezeichnet und erfolgreich machte, sprach ich an dieser Stelle vor einem Jahr. Mit Zuversicht schaue ich auch auf 2022. Aus der Wirtschaft kommen die besten Signale. Fragezeichen stehen freilich weiterhin hinter immer wieder neuen Mutationen und möglichen neuen Wellen. Mit viel Optimismus schaue ich auch auf die CDU nach einem durchaus katastrophalen Jahr für die Partei. Nach einem starken Mitgliedervotum wird Friedrich Merz bald neuer Bundesvorsitzender werden und die Partei wieder einen. Auch den erforderlichen inhaltlichen Erneuerungsprozess traue ich ihm zu.

Für 2022 wünsche ich Ihnen persönlich Gesundheit, Erfolg und alles Gute sowie für uns alle die Überwindung der Pandemie.

Herzlichst

Neue Aufgabe als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion



Auf Vorschlag des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus, bin ich Mitte Dezember bei der

Wahl des Fraktionsvorstands mit großer Mehrheit als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer gewählt worden. 92 Prozent der Mitglieder der Fraktion haben mir mit ihrer Stimme ihr Vertrauen ausgesprochen. Ab sofort bin ich damit federführend verantwortlich für den reibungslosen Betrieb der Fraktion nach innen und außen. In mein Ressort fallen neben der Organisation der Fraktionsgremiensitzungen und der Koordinierung der Plenarsitzungen mit den anderen Fraktionen vor allem auch die Abstimmung der Gesetzgebungsprozesse mit den unionsgeführten Bundesländern. Neben der Mitgliedschaft im Ältestenrat des Bundestags bin ich künftig auch im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung und nehme an den Sitzungen des Präsidiums und des Bundesvorstands der CDU Deutschlands teil. Über den großen Vertrauensvorschuss meiner Kolleginnen und Kollegen der Unionsfraktion freue ich mich sehr, genau wie über die mit der Funktion verbundenen vielfältigen Gestaltungsaufgaben. Vor uns stehen in unserer Oppositionsrolle und angesichts der notwendigen Erneuerung große Herausforderungen. Ich freue mich sehr, dass ich an herausgehobener Stelle einen Beitrag leisten darf, um mit sichtbaren Impulsen verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

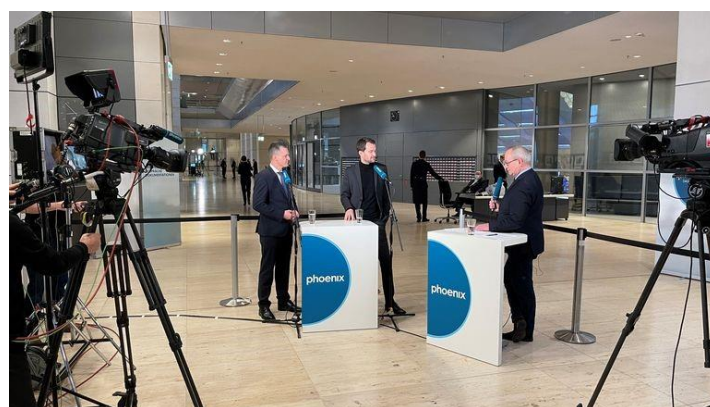
Ampel läuft der Lage mit Flickschusterei hinterher

Aufgrund der großen Dynamik im zweiten Pandemie-Winter musste die Ampel-Koalition innerhalb kürzester Zeit die zweite Novellierung des Infektionsschutzgesetzes beschließen. In meiner Plenarrede kritisierte ich einmal mehr den zu leichtfertigen Umgang mit den gegenwärtigen Herausforderungen und die fatale symbolische Wirkung der Aufhebung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite, die wir erstmals am 25. März 2020 im Bundestag beschlossen haben. Ebenso am 18. November desselben Jahres sowie im März, im Juni und im August 2021. Im vorletzten Sommer hatten wir eine Inzidenz von 139 und im vergangenen Sommer von 19. Die SPD hat damals immer



mitgestimmt und das Vorgehen unterstützt. Anfang Dezember hatten wir eine bundesweite Inzidenz von 432,3 und mehr als 100.000 Tote zu beklagen. Angesichts dieser Fakten stellt sich die Frage, warum die epidemische Lage von nationaler Tragweite nun nicht mehr vorliegen sollte? Die SPD fordert eine gemeinsame Kraftanstrengung, um die Pandemie in den Griff zu bekommen. Genau dafür wollten wir die erneute Feststellung der epidemischen Lage beschließen, auch um den Ländern die notwendigen und gewünschten Instrumente an die Hand geben zu können. Unverständlich ist und bleibt für mich, warum sich Links-Gelb bis heute weigert, diesen gemeinsamen Weg tatsächlich zu gehen. Andererseits sind wir froh, dass die Ampel Stück für Stück auf ihrem Irrweg in der Pandemie umgekehrt ist und die meisten unserer Vorschläge aufgegriffen hat. Fakt ist aber auch, dass entscheidende Fristen unverändert zu kurz greifen. Wir brauchen längere und allgemeingültige Übergangsfristen für sämtliche Bereiche wie die Hilfen für Krankenhäuser und Unternehmen, um uns für den ganzen Winter zu wappnen. Meine vollständige Rede im Parlament können Sie hier nachschauen: <https://youtu.be/4KH1wTsYrMc>

Union wird konstruktiv und kritisch die Opposition anführen



Nach der Wahl von Bundeskanzler Olaf Scholz und der Vereidigung der neuen Bundesregierung habe ich

gegenüber verschiedenen Medien die von uns angepeilte Rolle als Oppositionsführer im Bundestag skizziert. Beispielsweise habe ich unsere Vorstellungen im Phoenix 'Bundestagsgespräch' im Doppelinterview mit dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Johannes Vogel, dargelegt. In diesem Interview betonte ich, dass wir auch in Zukunft zu unserer staatspolitischen Verantwortung stehen und uns konstruktiv in die Gesetzgebung einbringen wie zuletzt bei der Corona-Gesetzgebung. Umgekehrt bietet sich nun die Chance, nachdem wir uns 16 Jahre lang um das Management der Tagesherausforderungen kümmern mussten, endlich wieder die großen Linien zu zeichnen und damit auch den Markenkern der Unionsparteien freizulegen. Angesichts des links-gelben Koalitionsvertrags gibt es unendlich viele Angriffspunkte, die nur noch auf der Straße einzusammeln sind. Wenn es um solide Finanzen, die Sicherheit Deutschlands, Migrationsfragen oder auch gesellschaftspolitische Vorstellungen zum Zusammenleben der Menschen geht, gibt es enorme Differenzierungspotenziale, die wir nun abrufen werden und damit auch wieder an Zustimmung bei den Menschen gewinnen können. Vor allem werden wir die Grünen an ihrem eigenen moralischen Anspruch messen. Das gesamte Interview können Sie hier anschauen: <https://youtu.be/ZRB9qjInjVs>.

FAZ-Podcast zur Migrationspolitik

Die Koalitionsparteien steuern bei der Migrationspolitik in eine gefährliche Richtung, die unsere bisherigen Steuerungsanstrengungen konterkarieren. Darüber sprach ich kürzlich im 'Podcast für Deutschland' mit Marie Löwenstein von der FAZ. Dabei habe ich deutlich gemacht, dass wir natürlich eine erhebliche Fachkräftezuwanderung nach Deutschland brauchen, um unseren Wohlstand zu sichern. Genau deshalb haben wir vor gut zwei Jahren das Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen, mit dem die Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt insgesamt erheblich liberalisiert wurde. Auch jenseits des akademischen Bereichs und sogar zur Ausbildungsplatzsuche kann man heute nach Deutschland kommen. Fakt ist aber auch, dass

F.A.Z. PODCAST FÜR DEUTSCHLAND

Illegale Migration durch Spurwechsel? Was die Ampel für die Einwanderung plant

Von Marie Löwenstein
30.11.2021, 17:22

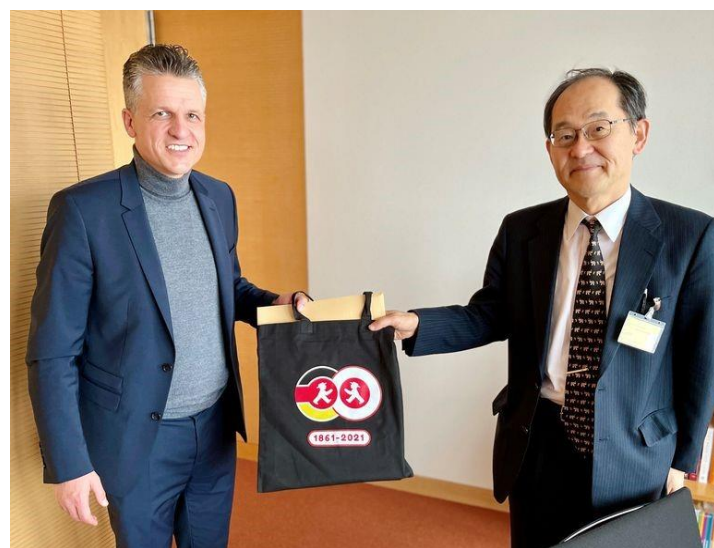


über sprach ich kürzlich im 'Podcast für Deutschland' mit Marie Löwenstein von der FAZ. Dabei habe ich deutlich gemacht, dass wir natürlich eine erhebliche Fachkräftezuwanderung nach Deutschland brauchen, um unseren Wohlstand zu sichern. Genau deshalb haben wir vor gut zwei Jahren das Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen, mit dem die Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt insgesamt erheblich liberalisiert wurde. Auch jenseits des akademischen Bereichs und sogar zur Ausbildungsplatzsuche kann man heute nach Deutschland kommen. Fakt ist aber auch, dass

genau deshalb haben wir vor gut zwei Jahren das Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen, mit dem die Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt insgesamt erheblich liberalisiert wurde. Auch jenseits des akademischen Bereichs und sogar zur Ausbildungsplatzsuche kann man heute nach Deutschland kommen. Fakt ist aber auch, dass

die Ampel-Koalition von SPD, FDP und Grünen in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben hat, die bewährte Trennung zwischen Arbeits- und Fluchtmigration aufzugeben und faktisch sämtliche Qualifikationsanforderungen für die Arbeitszuwanderung abschaffen. Dies schafft neue Pull-Effekte und wird die Zuwanderung vor allem in die Sozialsysteme spürbar verstärken. Selbstverständlich unterstützen auch wir notwendige Veränderungen wie die Digitalisierung und damit verbunden die Beschleunigung der Antragsverfahren. Gleichwohl ist uns aufgrund des mit dem Demografischen Wandel verbundenen finanziellen Drucks auf die Sozialversicherungen enorm wichtig, dass es keine Einwanderung in die Sozialsysteme gibt. Allein diese ist für die meisten Menschen außerhalb der EU ein riesiger Anreiz, um zu uns zu kommen. Insofern muss die Migration von Arbeitskräften nach unserem Dafürhalten auch in Zukunft geordnet im Sinne deutscher Interessen erfolgen, auch wenn manches dadurch etwas länger dauert. Eine Erleichterung der Einwanderung ohne jegliche Steuerung mag im konkreten Einzelfall bei den Unternehmen zwar schnell Hilfe verschaffen, aber der Gesellschaft mittel- und langfristig schaden. Hören Sie hier den vollständigen Podcast auf FAZ: <https://www.faz.net/podcasts/f-a-z-podcast-fuer-deutschland/was-die-ampel-fuer-die-einwanderung-plant-17660071.html>

Japan und Deutschland teilen strategische Sicherheitsinteressen



Zu einem politischen Austausch mit dem japanischen Botschafter in Deutschland, S.E. Hidenao Yanagi, traf ich mich noch kurz vor Weihnachten im Deutschen Bundestag. Mit dem Treffen reihte ich mich im besten praktischen Sinne in die seit 160 Jahren bestehenden bilateralen Beziehungen beider Länder ein.

Botschafter Yanagi berichtete zunächst von der sehr positiven Wahrnehmung der gemeinsamen Marine-Übung unserer beiden Länder in der japanischen Bevölkerung, an der von deutscher Seite die Fregatte ‚Bayern‘ teilnahm. Besonders wichtig sei aus japanischer Sicht, dass sich Deutschland auch an den multinationalen Patrouillen im Indo-Pazifik beteilige. In diesem Zusammenhang betonte ich, dass es gemeinsame Kraftanstrengungen brauche, um ein Gegengewicht zu China zu erreichen. Hier müssten Deutschland und Europa stärker als bisher neue Akzente setzen. Kurzfristige wirtschaftliche Gewinne dürften nicht zu langfristigem Schaden oder gar dem Verlust der nationalen Souveränität führen. Der aktuelle Fall Litauens ist nur einer von ganz vielen. Es sei schließlich ein Fakt, dass Peking seine Politik der Nichteinmischung aufgegeben habe und mittlerweile nach dem Prinzip ‚teilen und herrschen‘ agiere. Dem pflichtete auch Botschafter Yanagi uneingeschränkt mit dem Verweis auf regelmäßige Provokationen Chinas an den Grenzen Japans im Luftraum oder zu See bei. Wir waren uns einig, dass Deutschland und Japan in Zukunft noch enger bei Sicherheitsfragen zusammenarbeiten müssten.

Ungarischer Botschafter warnt vor gesellschaftspolitischen Irrwegen



Auf einen weiteren interessanten Austausch konnte ich zum Jahresausklang nach meinem Gespräch mit dem ungarischen Botschafter in Deutschland, S.E. Dr. Peter Györkös zurückblicken. Wir haben uns intensiv im Lichte des Koalitionsvertrags der links-gelben Bundesregierung über mögliche Auswirkungen auf die EU und das Miteinander der Mitgliedsstaaten ausgetauscht. Neben der zu erwartenden Ausweitung von Migration in die Sozialsysteme, durch die Schaffung

neuer Pullfaktoren, sorgt sich die ungarische Regierung vor allem über die avisierten Ziele im Bereich der Gesellschaftspolitik. Botschafter Györkös warnte angesichts der geplanten Aushöhlung der Bedeutung von Familien mit Mutter, Vater und Kind vor einer Spaltung der EU. Er verwies vor allem auf die auf die Grünen zurückgehende Forderung: „Wir treten dafür ein, dass Regenbogenfamilien und in der EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen/Lebenspartnerschaften in allen Mitgliedsstaaten mit allen Rechtsfolgen anerkannt werden.“ Das aber stehe aus ungarischer Sicht diametral der ungarischen Verfassung entgegen. Streit sei programmiert, der die EU in eine nächste Vertrauenskrise führen könnte. Auch ich sehe solche Forderungen mit großer Skepsis, genau wie die angepeilte weitere Lockerung von Abtreibungsfragen, die Abschaffung des Transsexuellengesetzes oder auch unnötige Grundgesetzänderungen, die nicht über einen symbolischen Charakter hinausgingen, aber die Gefahr einer Verwässerung mit sich bringen würden. In jedem Fall werde ich mich weiter dafür einsetzen, dass Familien mit Kindern als tragendes Fundament der Gesellschaft in Deutschland und Europa gesehen und gefördert werden.

Schuldenplan der Ampel ist verfassungswidrig



Eines der ersten großen Vorhaben der links-gelben Bundesregierung war die Verabschiedung des zweiten Nachtragshaushalts für das Jahr 2022. Die Ampel versucht damit, wie bei den Koalitionsverhandlungen angekündigt, zielgerichtet, die Schuldenbremse zu umgehen. SPD, Grüne und FDP sagen ganz offen: Wir nehmen die Kredite, die wir nicht für die Corona-Bekämpfung brauchen und transferieren sie in den Energie- und Klimafonds. In Summe sind das Mittel in Höhe von 60 Milliarden Euro. Was die Ampel vorhat, ist verfassungswidrig. Vor allem wenn man bedenkt,

dass ein schuldenfreier Bundeshaushalt bzw. die Einhaltung der Schuldenbremse ebenso eine Frage der Generationengerechtigkeit ist wie der Klima- und Artenschutz. Jeder, der den Koalitionsvertrag gelesen hat, wird sich auch die Frage stellen, wie die Ampelparteien den Konflikt auflösen wollen, dass sie zwar hohe Investitionen, aber keine neuen Schulden wollen. Das ginge nur über Schattenhaushalte. Auch die 400.000 neuen Wohnungen, die gebaut werden sollen, sollen sehr stark über staatliche Gesellschaften wie die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben abgewickelt werden, Infrastrukturprojekte über die Autobahngesellschaft. Die sind für die Schuldenbremse nicht relevant. Damit schiebt die Ampel große Lasten auf die nächste Generation. Große Sorge bereitet uns vor allem, dass Finanzminister Lindner bereits nach wenigen Tagen im Amt den seriösen haushaltspolitischen Kompass eingemottet hat und zum Steigbügelhalter einer ideologisch getriebenen Schuldenpolitik wird. Er macht urplötzlich das Gegenteil von dem, was er in den letzten Jahren immer gefordert hat. Auch deshalb werden wir zu Beginn des neuen Jahres gegen den Nachtragshaushalt der Ampelkoalition Verfassungsbeschwerden einreichen. Viele namhafte Verfassungsrechtler haben uns in diesem Vorgehen bereits bestärkt.

Das vollständige Interview mit t-online.de können Sie hier nachlesen:

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_91327828/ampelkoalition-thorsten-frei-cdu-vorhaben-sind-verfassungswidrig.html

Impfzentrum in der Waldeck-Klinik in Bad Dürrenheim



Sehr dankbar bin ich rückblickend für jede Initiative, die half, das Ziel von 30 Millionen Impfungen bis Jahresende zu erreichen. Dieses Ziel wurde sogar deutlich übertroffen. So dankte ich auch dem Bad Dürrenheimer Waldeck-Reha-Klinik-Inhaber Rüdiger Schrenk, seinen Ärzten und den Mitarbeitern im Haus, die in

einem Nebengebäude den Betrieb eines Impf- und Testzentrums eingerichtet und technisch ausgerüstet haben. Durch das Zurückfahren von verschiebbaren Operationen in den Akutkliniken wurden durch zurückgehende Reha-Patientenzahlen Personalkapazitäten frei, um die Idee personell umzusetzen zu können.

Klinik mit den meisten Corona-Patienten im Land



Mit Matthias Geiser, dem Geschäftsführer des Schwarzwald-Baar-Klinikums, habe ich mich Mitte Dezember über die angespannte Lage im Klinikum unterhalten. Zu jenem Zeitpunkt war das hiesige Klinikum das Krankenhaus mit den meisten Corona-Patienten in Baden-Württemberg. Zugleich droht dem Haus erstmal ein zweistelliger Millionenverlust. Entsprechend forderte Geiser eine finanzielle Unterstützung durch den Bund. Sehr viele Kliniken im Land, so Geiser, würden in der Pandemie durch das Freihalten von Betten und verschobene Operationen hohe Verluste schreiben. Ich zeigte mich gegenüber dem Klinikgeschäftsführer aber zuversichtlich, denn Regierung und Opposition haben ein großes Interesse an guten Gesundheitsstrukturen. Auf Betreiben der Union wurden bereits höhere Hilfen beschlossen und es dürften angesichts der bevorstehenden fünften Welle noch mehr Gelder zur Unterstützung fließen. Fast 2000 Corona-Patienten wurden in der Klinik seit Pandemie-Ausbruch im Frühjahr 2020 im Klinikum behandelt, rund 280 sind hier leider bereits verstorben. Mit über 90 Prozent gibt Geiser die Impfquote beim Personal an und rechnet angesichts der beschlossenen Impfpflicht fürs Klinikpersonal nur mit sehr wenigen Kündigungen.

Politische Diskussion beim Wirtschaftsrat der CDU



Zu Gast war ich beim Wirtschaftsrat der CDU, Sektion Villingen-Schwenningen/Donauessingen, sowie bei Südwestmetall in einer digitalen Veranstaltung Anfang Dezember. Thematisch ging es um die Wahlniederlage bei der Bundestagswahl und den notwendigen Erneuerungsprozess der Partei, die Rolle in der Opposition sowie den Koalitionsvertrag mit seinen vielen Versprechen und Risiken. Heftig kritisiert und diskutiert wurde in der Runde die von der Ampel-Koalition geplante Migrationspolitik die meiner Meinung nach geradezu einer Einladung nach Deutschland zu kommen gleichkommt.

Landrat Sven Hinterseh bittet um Unterstützung der Klinik



Die Corona-Krise bedeutet nicht nur für das Personal im Schwarzwald-Baar-Klinikum eine seit Monaten enorme Belastung. Auch die Klinik ist nach bilanziell guten Jahren jetzt unter Druck geraten. Klinikgeschäftsführer Matthias Geiser sprach im Kreistag von einem drohenden Defizit von 15 Millionen Euro. Diese Prognose war Anlass eines Gesprächs mit Landrat Sven Hinterseh. Weitere Themen waren die drohende fünfte Pandemie-Welle, eine mögliche allgemeine

Impfpflicht und die Ausbauziele des Ringzugs. Der Landrat übergab mir zunächst eine Kopie der jüngst vom Kreistag verfassten Resolution, in der der Bund aufgefordert wird, den Kliniken finanziell zu helfen. Ich gehe allerdings davon aus, dass dies nach der guten Unterstützung im ersten Pandemiejahr nun auch der Fall sein wird. Wir sind schließlich auch in Zukunft auf finanziell gut ausgestattete Kliniken angewiesen. Wir waren uns zudem einig, dass nur eine sehr hohe Impfquote einen schnellen Erfolg über die Pandemie bringen wird. Skeptisch äußerte ich mich über eine allgemeine Impfpflicht in Bezug auf die Durchführung angesichts verhärteter Fronten. Erfreulich waren die Äußerungen des Landrats zu den jüngsten Verhandlungsergebnissen mit der Bahn AG. Hierdurch wird die Elektrifizierung von Teilstrecken endlich realisiert, etwa zwischen Villingen und Rottweil. Zudem kann das Streckenangebot mittelfristig erweitert werden. Das Ausbauziel sieht der Landrat in etwa zehn Jahren erreicht.

Vereidigung des neuen Bürgermeisters von Vöhrenbach



Heiko Wehrle hat gegen zwei Mitbewerber ein herausragendes Wahlergebnis von 80,8% bei den Bürgermeisterwahlen in Vöhrenbach erreicht. Das zeigt, dass die Bürger ihn nicht nur kennen, weil er in Vöhrenbach geboren und aufgewachsen ist, sondern auch schätzen und ihm vertrauen. Mit seiner mehr als 20-jährigen Erfahrung in Kommunalverwaltungen und seinem Engagement beim FC Vöhrenbach bin ich mir sicher, dass er eine Bereicherung für die Vöhrenbacher Bevölkerung sein wird. Ich wünsche ihm für sein Wirken eine gute Hand und biete ihm eine gute Zusammenarbeit an. Der Draht nach Berlin soll kurz sein, so wie bei seinem Vorgänger Robert Strumberger.

Dank an Bürgermeister Strumberger zu dessen Abschied



Nach 24 Jahren Bürgermeistertätigkeit für die Stadt Vöhrenbach ist Bürgermeister Robert Strumberger in den Ruhestand gegangen. Nach einer sehr guten Zusammenarbeit über viele Jahre, früher auch gemeinsam in der

Kreistagsfraktion, war es mir ein großes Anliegen, ihm für den neuen Lebensabschnitt alles Gute zu wünschen. Robert Strumberger kann sehr zufrieden sein, denn er hat für die Vöhrenbacher eine exzellente Arbeit geleistet und die Stadt und ihre Stadtteile in vielen Bereichen vorangebracht. Herzensprojekt ist für den scheidenden Bürgermeister all die Jahre die Linachtalsperre geblieben. In seiner Zeit wurde das einzige Denkmal von nationaler Bedeutung dieser Art aus dem Dornröschenschlaf erweckt und ertüchtigt. Längst liefert es wieder regenerativen Strom.

Zeitungsinterviews zum Jahresende



Die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft sowie das ausgesprochen schlechte Jahr für die CDU waren zentrale Themen der traditionellen Redaktionsgespräche zum Jahresende mit Redakteuren der im Schwarzwald-Baar-Kreis

erscheinenden Tageszeitungen. Diese Gespräche bieten stets eine gute Möglichkeit, neben der Bundespolitik, auch über das für den Wahlkreis Erreichte zu sprechen. Hier ragen vor allem wieder viele Millionen Euro an Bundeszuschüssen für den Ausbau des Breitbandnetzes heraus. Das Interview mit der Neckarquelle kann man auf meiner Homepage nachlesen:

Neckarquelle: http://thorsten-frei.de/fileadmin/user_upload/nq_19_1204_Villingen-Schwenningen.pdf

Schwarzwälder Bote: http://thorsten-frei.de/fileadmin/user_upload/sb_ausgabe-villingen-23-12-2021.pdf

Herzliche Einladung zur nächsten Bürgersprechstunde und Online-Sprechstunde

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Donnerstag, 20. Januar 2022, ab 14.30 Uhr in meinem Wahlkreisbüro statt. Anschließend führe ich um 18.00 Uhr eine weitere Online-Sprechstunde bei Facebook durch. Ich freue mich auf Sie!








Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

 thorsten.frei@bundestag.de
 www.thorsten-frei.de
 ThorstenFreiCDU
 thorsten.frei
 Thorsten Frei